

Gemeinderat strebt zügige Entscheidung für Kronospan-Areal an

Gremium will Bebauungsplan ändern / Bürgerschaft soll umfassend am Verfahren beteiligt werden



Das stillgelegte Areal des Spanplattenwerks ist geprägt von demontierten Anlageteilen. Der Gemeinderat will, dass sich interessierte Investoren öffentlich vorstellen. Foto: Koch

Bischweier (mak) – „Das ist historisch“, kommentierte Bürgermeister Robert Wein am Donnerstag in der Markthalle den Aufstellungsbeschluss für eine Änderung des Bebauungsplans für das Sondergebiet Spanplattenwerk. Wie berichtet, sucht Kronospan Investoren für das Areal, die Ersten könnten sich bereits am 23. Juli der Öffentlichkeit vorstellen.

Die Gemeinde habe erfolgreich das Ziel umgesetzt, dass das Spanplattenwerk am Ortseingang keine Betriebserlaubnis mehr erhält, freute sich das Ortsoberehaupt. Er habe sehr viel Zeit investiert und die Gemeinde habe gemeinsam mit dem Fachanwalt Hansjörg Melchinger einen „sehr, sehr großen Aufwand“ betrieben, verdeutlichte Wein. „Der bestehende Bebauungsplan ist obsolet und das ist der entscheidende Hebel für die Gemeinde. Wenn du den nicht richtig bedienst, dann bist du weg“, verdeutlichte der Rathauschef. Das Spanplattenwerk habe von Anfang die direkt benachbarten Wohngebiete belastet, zudem habe es „über Jahre gegen geltende Grenzwerte verstoßen“, so Wein. Man habe im Hinblick auf den Bebauungsplan damals Kompromisse eingehen müssen, da das Werk ja schon bestanden habe: „Dafür bin ich von einigen Einwohnern geprügelt worden, das hat mir wehgetan“, blickte der Bürgermeister zurück.

„Wir erklären das Planänderungsverfahren ganz genau, die Bürger bekommen genügend Zeit, um in Ruhe darüber nachdenken zu können“, versicherte Wein. Oberste Maxime sei der Schutz der Bürger. Er wolle die Einwohner im Vorfeld umfassend informieren, um das Konfliktpotenzial zu minimieren, und hoffe, dass man ein Bürgerbegehren gar nicht benötige. Mit Blick auf seine Kontakte mit Investoren meinte Wein: „Wenn ich will, dass Kronospan geht, dann muss ich auch beim Verkauf helfen.“ Bei einer künftigen Gewerbeansiedlung soll laut Wein der bestmögliche Schallschutz verwirklicht werden. Zudem sollen Anlagen mit starken Emissionen abgelehnt werden.

Thomas Deck (CDU) stimmte zu, dass der Schutz der Bürger ganz oben stehe, „auf der anderen Seite müssen wir möglichst rasch eine Entscheidung finden“, meinte er im Hinblick auf das von Wein ins Spiel gebrachte Bürgerbegehren, das von Januar bis Ende März 2021 laufen könnte. Die Bürger könnten schließlich bereits bei der ersten öffentlichen Informationsveranstaltung ihre Kritik und Anregungen einbringen. Andrea Balduin-Schober (SPD) sagte, dass der Gemeinderat bereit sei, mit offenen Karten zu spielen, man dies aber ebenso von den Kaufinteressenten erwarte.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig, den Bebauungsplan zu ändern. Der Entwurf für die Bebauungsplanänderung soll im Herbst ausgelegt werden, ebenso sollen Bürger, Behörden und weitere Träger öffentlicher Belange beteiligt werden. Weiterhin stimmte das Gremium für die Möglichkeit eines Bürgerbegehrens, in dessen Rahmen Einwohner gegen den Aufstellungsbeschluss des Gemeinderats vorgehen können.